DIE KAMERADSCHAFT Blätter für Heimabendgestaltung
in der Hitler-Jugend / Berlin / 28. April 1937 / Folge 7

DEUTSCHLAND
ist schöner geworden

Salaw

DEUTSCHLAND IST SCHÖNER GEWORDEN

DIE KAMERADSCHAFT

Blätter für Heimabendgestaltung in der Hitler-Jugend / Berlin / 28. April 1937 / Folge 7

I. Teil: Der Heimabend

Furchtbare Erbschaft

30. Januar 1933. Voll Freude und Stolz ruhen die Augen des Führers auf den Zwölferreihen, die stundenlang an ihm vorüberziehen. Und doch ist sein Antlitz tiefernst. Er fühlt in der Stunde des Sieges bereits die unendliche Last der Verantwortung, die sich auf seine Schultern senkt. Die Regierungen der Novemberverbrecher haben ihm ein furchtbares Erbe hinterlassen.

Ansehen, Ehre und Reichtum des deutschen Volkes sind dahin. Das Reich ist uneinig in seinen Stämmen, seine Bürgerschaft zerrissen in Dutzende von Parteien und Machtgruppen, die einander leidenschaftlich bekämpfen. Die Wirtschaft liegt im Sterben, der Bauer steht vor dem Untergange.

Im Reich, in den Ländern und Gemeinden — alle Kassen gähnend leer. Ratlos die Regierungen und Minister der Länder, die sich so schnell ablösen, daß man ihre Namen nicht mehr zu behalten vermag. Von befreienden Taten keine Spur. Hoffnungslos und verzweifelt die Jugend Deutschlands, die in den grauen Höfen und Gängen der „Stempelstellen" nur allzuleicht die Beute bolschewistischer Hetzer wird. In diesem Deutschland des Zerfalls, der Ohnmacht und Zerrissenheit schwillt die rote Flut Moskaus von Tag zu Tag an. Bereits sitzen hundert Kommunisten im Reichstage. Sie warten nur auf die günstige Gelegenheit, um unser Vaterland zu einer Knechtsrepublik nach russischem Muster zu machen. Die Seele des Volkes ist vergiftet. Was einstmals gut schien, ist nun schlecht, was verächtlich war, gilt diesen Verbrechern als verehrungswürdig. Ohne Hoffnung, und darum teilnahmslos, starrt jeder in die graue Zukunft. — — —

Dieſes zerfallene und ſterbende Deutſchland will Hitler retten. Faſt ſcheint es unmöglich. Doch es iſt nicht des Führers Art, vor Schwierigkeiten zurückzuſchrecken. Je größer die Hinderniſſe, deſto ſtahlharter wird ſein Wille, ſie zu beſiegen. Er kennt nicht nur die Krankheiten, an denen Deutſchland leidet, er kennt auch die Heilmittel, die zur Geſundung führen werden. Die Grundſteine für den Bau des neuen Reiches liegen längſt bereit. Es ſind die

25 Punkte des Programms der Nationalſozialiſtiſchen Deutſchen Arbeiterpartei.

Schon am 25. Februar 1920 hat er ſie einer Maſſenverſammlung im Münchener Hofbräuhaus-Feſtſaale bekanntgegeben. Dieſes Programm iſt unabänderlich und bleibt für ewige Zeiten die weltanſchauliche Grundlage der Bewegung und des Reiches.

In zwei großen Vierjahresplänen ſoll die Rettung Deutſchlands in Angriff genommen werden. Die erſten vier Jahre des Aufbaues ſind nun vorüber.

Vier Jahre Aufbau

Erſter Vierjahresplan

Wann hat Adolf Hitler den erſten Vierjahresplan verkündet?

Im Aufruf der Reichsregierung vom 1. Februar 1933.
Das Ziel des erſten Vierjahresplans war: „Rettung des deutſchen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutſchen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfaſſenden Angriff gegen die Arbeitsloſigkeit."

Es heißt in dem Aufruf vom 1. Februar 1933:

„Die nationale Regierung wird mit eiſerner Entſchloſſenheit und zäheſter Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutſche Bauer der Verelendung entriſſen ſein.

Binnen vier Jahren muß die Arbeitsloſigkeit endgültig überwunden ſein. Zu den Grundpfeilern dieſes Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienſtpflicht und der Siedlungspolitik.

Die Sorge für das tägliche Brot wird aber ebenſo die Sorge ſein für die Erfüllung der ſozialen Pflichten bei Krankheit und Alter.

Außenpolitiſch wird die nationale Regierung ihre höchſte Miſſion in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unſeres Volkes ſehen.

Soll aber Deutſchland dieſen politiſchen und wirtſchaftlichen Wiederaufſtieg erleben, dann ſetzt dies eine entſcheidende Tat voraus: Die Überwindung der kommuniſtiſchen Zerſetzung in Deutſchland."

Iſt das Ziel des erſten Vierjahresplans erreicht worden?

Ja.

Rettung des Bauern

Geſchichtliches. Als Deutſchland nur 20 bis 30 Millionen Einwohner zählte, konnten dieſe Menſchen mühelos von der eigenen Landwirtſchaft ernährt werden. Im letzten Jahrhundert aber wuchs die Bevölkerung auf 66 Millionen an. Ein großer Teil davon ballte ſich in den Städten und Induſtriebezirken zuſammen, weil es da beſſere Verdienſtmöglichkeiten gab. Dieſes gewaltige Heer von Arbeitern verlangte billige Lebensmittel. Ohne Rückſicht auf ſeine ſchwer ringenden Bauern gab der Staat zu, daß in planloſer Weiſe Nahrungsſtoffe aus dem Auslande eingeführt wurden. Kanadiſcher Weizen, argentiniſches Vieh überſchwemmten den deutſchen Markt und drückten die Preiſe. Als aber im Weltkriege unſere Feinde die Lebensmittelzufuhren abſchnitten, da war der Bauer nicht mehr imſtande, die Kämpfer an der Front und die Menſchen in der Heimat allein zu ernähren. 750 000 Volksgenoſſen ſind während des Krieges verhungert. Daraus hätten unſere Regierungen den Schluß ziehen ſollen, daß es die wichtigſte Aufgabe ſein müſſe, ein leiſtungsfähiges Bauerntum zu erhalten oder neu zu ſchaffen. Doch die Machthaber der Nachkriegszeit dachten nicht daran. Sie wußten, daß der im Boden verwurzelte Bauer niemals ein Marxiſt werden könne. Daher gingen ſie daran, unſer Bauerntum planmäßig zu zertrümmern. Das erreichten ſie durch Auflage von ungerecht hohen Steuerlaſten, die die Bauern in Schulden ſtürzten. Zwangsverſteigerungen von Höfen waren die Folge. Von 1924 bis 1932 ſtieg die Verſchuldung der deutſchen Landwirtſchaft auf 12 Milliarden. Zu gleicher Zeit ſanken ihre Einnahmen von 10 Milliarden auf 6,5 Milliarden. Dafür mußten wir allein im Jahre 1928 für 5 Milliarden Lebensmittel einführen. Schlimmer noch war es, daß der deutſche Bauer jeden Glauben an die Ehrlichkeit der Staatsführung verlor. Mit Verzweiflung ſah er in die graue Zukunft. Der Führer ſieht im deutſchen Bauerntum die Ernährungsgrundlage des Volkes und den ewigen Blutsquell der Nation. Sollen wir aber von der eigenen Scholle leben, dann müſſen alle für die Ernährung verantwortlichen Menſchen und Berufe in einen geſchloſſenen Block zuſammengeſchweißt werden, der einheitlich geſchult wird und auf weite Sicht handeln lernt. Darum baute der Reichsbauernführer Darré als Einheitsfront des deutſchen Bauerntums den

Reichsnährstand auf. Er umfaßt neben den Bauern auch die Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie auch deren Verteiler. Seine Aufgabe ist, die Ernährungsfreiheit unseres Volkes zu erkämpfen und damit auch unserer Wehrmacht die notwendige Sicherheit zu geben: Niemals dürfen noch einmal fremde Mächte und feindliche Kräfte die Hand an den Brotkorb des deutschen Menschen legen. Alle Maßnahmen, die zur Erringung der deutschen Nahrungsfreiheit dienen, sind im „Reichsnährstandsgesetz" zusammengefaßt. Die neue „Marktordnung" bestimmt für Getreide, Fleisch, Fette, Milch, Butter, Käse und Eier Festpreise. Damit sind die früheren Preistreibereien wucherischer Händler in Notzeiten unmöglich gemacht. Der Bauer erhält ausreichenden Lohn für seine Arbeit, ohne daß dem Volksgenossen das Brot verteuert wird. Das ist wieder die Anwendung des nationalsozialistischen Grundsatzes „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Seit der Bauer weiß, daß der Absatz seiner Erzeugnisse sichergestellt ist, arbeitet er in den jährlichen „Erzeugungsschlachten" gern mit, aus Äckern und Ställen die höchsten Erträge herauszuholen. Damit dient er der erstrebten „eigenen Bedarfsdeckung", die uns vom Auslande unabhängig macht.

Ununterbrochen flutet ein Strom erbgesunden Bauernblutes in die Städte. Ohne ihn würden sie bald menschenleer. Die Städte sind die Ursache des bedrohlichen Geburtenrückganges, der uns zu einem sterbenden Volk macht. Die Großstädte haben 42 v. H., die Mittel- und Kleinstädte 31 v. H. zu wenig Kinder. Die Dörfer aber haben glücklicherweise noch einen Geburtenüberschuß von 13 v. H. Die Bauern sind also in der Tat die Blutsquelle des Volkes. Doch der bäuerliche Mensch bleibt es auch nur so lange, als er mit der Scholle verwurzelt ist. Darum war die erste Sorge Hitlers, dem deutschen Bauern seine Scholle zu erhalten. Die Regierungen der Novemberverbrecher hatten zugelassen, daß in acht Jahren 29 000 Bauernhöfe unter den Hammer kamen und ebenso viele Familien ihre friedliche Dorfheimat verloren. Dem ist heute ein Riegel vorgeschoben durch das Reichserbhofgesetz: Dies gestattet nicht mehr, daß Bauernhöfe versteigert und vernichtet werden. Frei und ungeteilt vererbt sich der Hof vom Vater auf den Sohn, damit ihn auch dieser einst seinem Kinde als heiliges Lehen weitergebe. Die Menschen sterben, doch ihre Höfe sollen als Wiegen neuer Geschlechter ewig leben. Der Eigentümer eines solchen Hofes darf sich Erbbauer nennen, und das ist heute ein Ehrentitel. Der Stolz auf die Ahnen lebt wieder auf. Geschlechter, die nachweisen können, daß sie mindestens 200 Jahre auf demselben Erbe leben, werden ausgezeichnet durch Verleihung einer Ehrenurkunde. Das „Umschuldungsgesetz" vom Juni 1933 erleichert den Hofbesitzern die Tilgung der eingetragenen Schuldsummen.

Die Neubildung des deutschen Bauerntums. Der Führer hat schon in Punkt 3 seines Programms erklärt: Wir fordern Land und Boden zur Ernährung unseres

Volkes und Anſiedlung unſeres Bevölkerungsüberſchuſſes. Und in einer Rede mahnt er: „Haltet das Reich nie für geſichert, wenn es nicht auf Jahrhunderte hinaus jedem Sproſſen unſeres Volkes ſein eigen Stück Grund und Boden zu geben vermag." Doch wir ſind leider ein Volk ohne Raum. Woher ſollen wir Siedlungsland nehmen? Wir erhalten es von den Großgütern, die entweder freiwillig ihren Beſitz verkaufen oder auch zwangsweiſe zur Abgabe eines Teiles veranlaßt werden können. Die Siedler müſſen erbgeſund und raſſiſch einwandfrei ſein. 1934 wurden 138 000 Hektar Land zur Beſiedlung bereitgeſtellt. Darauf entſtanden 8000 neue Erbhöfe.

Darüber hinaus ſchafft der Spaten des Arbeitsdienſtes neues Pflugland. In der Oſtmark Poſen-Weſtpreußen, in der Rhön, der Rauhen Alb, der Lüneburger Heide, in den Mooren Frieslands, an der Ebermündung, den Meeresküſten und in den Sümpfen und Brüchen der Heimat ſind ihre Abteilungen eingeſetzt und machen aus Urland fruchtbare Wieſen und Felder. Selbſt der Nordſee ſind durch Eindeichungen 2000 Hektar fettes Marſchland (Adolf-Hitler- und Hermann-Göring-Koog) entriſſen worden. Im 24 000 Morgen großen niederſchleſiſchen Sprottebruch ſteht im April 1936 das Dorf Hierlshagen mit einer Gemarkung von 40 Bauernhöfen fertig da. Thüringiſche Siedler ackern und ſäen daſelbſt auf Feldern, die vor zwei Jahren nur Teichrohr und Sumpfbinſen trugen. Der geſamte Gewinn an Neuland innerhalb der letzten Jahre wird auf 280 000 Hektar berechnet.

Faſſen wir zuſammen:

Früher:	Heute:
Dutzende feindlicher Landwirtſchaftsbünde	Ein Reichsnährſtand
Grund und Boden Handelsware jüdiſcher Güterſchlächter	Sicherung der Beſitzer
5½ Millionen Höfe vor dem Untergang	Vollſtreckungsſchutz
2 Millionen Hektar, das iſt mehr als die Landfläche Thüringens, zwangsverſteigert	
Wilde Zufallspreiſe für landwirtſchaftliche Erzeugniſſe	Gerechte Feſtpreiſe
Das Brot des Volkes in der Gewalt von Börſenjuden	Ausſchaltung der Börſe bei der Lebensmittelverſorgung
4½ Milliarden für Lebensmitteleinfuhr, Abhängigkeit vom Auslande	Nur noch 0,9 Milliarden Einfuhr
In 14 Jahren Gewinnung von 50 000 Hektar Neuland	In 4 Jahren 280 000 ha
Der Bauer eine Spottfigur für Witzblätter	Im Genuß allgemeiner Achtung und Ehre

Punkt 7 des Programms: Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen.

Die marxistischen Führer hatten den Arbeitern versprochen, das goldene Zukunftsreich zu schaffen, in dem ein jeder sein sorgenfreies Leben finden werde. Was hatten sie erreicht? Fast sieben Millionen deutscher Volksgenossen lagen auf der Straße, hatten keine Arbeit mehr und mußten „stempeln". Das bedeutet, daß von drei Deutschen immer einer erwerbslos war. Mit jedem neuen Jahre wurde das Heer der Arbeitslosen größer. Hitler machte nicht viel Worte, er handelte. Bereits am 1. Juli 1933 begann der Großangriff gegen die Arbeitslosigkeit. Der Staat stellte fast 1 Milliarde Mark zur Verfügung, um Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Und nun begannen sich hunderttausend Hände zu regen. Öffentliche und private Gebäude wurden instand gesetzt, Straßen, Kanäle, Talsperren gebaut, Wohnungen für Siedlungszwecke gebaut usw. Das war eine gewaltige „Ankurbelung" der Wirtschaft. Durch Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen steigerte sich die Kauflust, durch Gewährung von Ehestandsdarlehen regte sich die Heiratslust und gab vielen Zweigen der Volkswirtschaft neue Belebung. Der Erfolg dieser ersten Arbeitsschlacht war, daß sich die Zahl der Arbeitslosen um 2,2 Millionen verminderte. Im nächsten Jahre begann der Kampf um Arbeit und Brot mit noch größerer Entschlossenheit. Durch den Bau großartiger Reichsautobahnen, durch Verbesserung der Verkehrsanlagen bei Post und Eisenbahn, durch Landgewinnung aus dem Wattenmeer kamen neue Millionen Menschen in lohnende Beschäftigung. Das Volk verstand seinen Führer. Der Staat allein kann es nicht machen. Jeder Unternehmer, jeder Hausbesitzer, jeder Geschäftsmann begriff, daß er die Pflicht hatte, Arbeitsplätze zu schaffen und die arbeitslosen Volksgenossen mit unterzubringen. So gelang es, durch die Arbeitsschlachten von 1934 und 1935 die Zahl der Erwerbslosen auf 2,5 Millionen herabzudrücken. Nie sind in einem Lande größere Anstrengungen gemacht worden, dem Arbeiter zu helfen. Was die Roten einst dem Volke versprochen hatten, das hat Adolf Hitler ausgeführt. Mit dem vermehrten Arbeitseinkommen des deutschen Volkes stieg auch die Kauflust und Verbrauch. Die lahmgelegte Wirtschaft kam wieder in Gang. Bei dem Bau der gewaltigen Autostraßen allein sind 250 000 Arbeiter in Brot und Lohn gekommen. Es mußte dabei mehr Boden bewegt werden als bei dem Bau des Suez- und Panamakanals, die bisher als die riesigsten Erdbewegungen der Welt galten. Rund 1000 Kilometer waren bis Oktober 1936 fertig. Die deutsche Industrie lieferte allein für dieses Aufbauwerk 50 000 Rollwagen, 2200 Lokomotiven, 3000 Kilometer Bahngleise, 300 Bagger, 1000 Baumaschinen und das Eisengewicht für 80 große Brücken. Da fangen Hochöfen und Schlote wieder an zu rauchen, wenn solche Aufträge auszuführen sind. Litt vor der Machtübernahme das deutsche Volk an

Arbeitsloſigkeit, Hoffnungsloſigkeit, Verwahrloſung, Streik und Ausſperrung, ſo iſt heute Arbeit, Freude, Zucht und Volkskameradſchaft an deren Stelle getreten.

Der Führer hat Wort gehalten:

Nach vier Jahren iſt die Arbeitsloſigkeit in Deutſchland beſeitigt und der Arbeiter der Stirn und der Fauſt in der Deutſchen Arbeitsfront geſchützt.

Die NS.-Gemeinſchaft „Kraft durch Freude"

Der vom Führer angeordnete, von Dr. Ley durchgeführte Aufbau der NS-Gemeinſchaft „Kraft durch Freude" in der Deutſchen Arbeitsfront zeigt gleichfalls ſo recht, daß Adolf Hitler wirklich eine völlige Neugeſtaltung des Lebens für den deutſchen Arbeiter erſtrebt.

Auf dem Parteitag des Sieges 1935 konnte Dr. Ley von den großen Erfolgen der NS-Gemeinſchaft „Kraft durch Freude" berichten:

„... Das „Amt für Wandern, Reiſen und Urlaub" in der NS-Gemeinſchaft „Kraft durch Freude" hat in dem Berichtsjahr fünf Millionen Menſchen befördert. Davon konnten faſt drei Millionen Volksgenoſſen einem längeren Erholungsurlaub von ſieben bis zehn Tagen zugeführt werden. 200 000 Menſchen ſind in den Genuß einer Seereiſe gekommen. Wir haben im letzten Jahr zur See mehr Menſchen befördert, als die geſamten Reedereien Englands und Deutſchlands zuſammen! Es iſt ein Werk, ebenſo kühn wie die Reichsautobahnen." In Zukunft ſollen dieſe ſegensreichen Einrichtungen ſo ausgebaut werden, daß 14 Millionen Werktätige betreut werden können. So wird auf Rügen ein Seebad für 20 000 erwerbstätige und erholungsbedürftige Volksgenoſſen gebaut. Das iſt Sozialismus der Tat!

Im Jahre 1904 malte ein ſozialdemokratiſches Flugblatt dem deutſchen Arbeiter die Verhältniſſe im roten Zukunftsreiche mit den verlockenden Worten: „Ihr Arbeiter werdet einſt auf eigenen Schiffen die Meere durchkreuzen, in Alpenhöhen fröhlich klettern und ſchönheitstrunken durch die Gelände des Südens ſchweifen." Dieſer Traum iſt nun erfüllt, aber nicht durch die marxiſtiſchen Volksverhetzer, ſondern durch die Tatkraft und Fürſorge Adolf Hitlers.

Das Amt für Reiſen und Wandern ſandte 1934 zwei Millionen Arbeiter auf Urlaubsreiſen in die Berge, ans Meer und in die ſchönſten Gaue der Heimat. Rund 150 000 fuhren auf prächtigen deutſchen Dampfern zu den norwegiſchen Fjorden, an die engliſche Küſte oder in die Pracht ſüdlicher Zonen. Durch Errichtung eigener Landheime und gewaltiger Seebäder mit 20 000 Betten und durch Bau eigener Schiffe ſoll erreicht werden, daß mindeſtens alle zwei Jahre 14 Millionen Induſtriearbeitern, Handwerkern und kleinen Bauern die gleiche Erholung verſchafft werden kann. Nirgends in der Welt gibt es eine ähnliche großartige Freizeitgeſtaltung.

Das Sportamt von Kraft durch Freude gibt den Volksgenossen Gelegenheit zu körperlicher Ertüchtigung, die ganz unabhängig vom Geldbeutel ist. Das „Amt Schönheit der Arbeit" bemüht sich um Verbesserung und Neugestaltung der oft recht unzulänglichen Betriebe und Arbeitsstätten. Viel tausend Veranstaltungen von Kraft durch Freude galten endlich der Pflege des Brauchtums, schöner alter Sitten und des Volksgesanges.

Die Menschen der neuen Volksgemeinschaft haben wieder blanke Augen und freuen sich. Ob sie arbeiten oder marschieren, im Takte der Hämmer oder im Tritt der Kolonnen, immer begleitet sie eine gewaltige Melodie: Deutschland!

Die Reichsautobahnen

Am 27. Juni 1933 verkündete die Reichsregierung ein „Reichsgesetz über die Errichtung eines Unternehmens Reichsautobahnen".

Schon wenige Wochen später tat der Führer des Reiches als erster Arbeiter seines Volkes den ersten Spatenstich zur ersten Reichsautobahn bei Frankfurt a. M.

Die Pyramiden erzählen die Geschichte der Pharaonen, die Römerstraßen von der Macht der Cäsaren, die Straßen und Bauten Adolf Hitlers werden Zeugnis ablegen vom ewigen deutschen Volk und von dem Manne, der ohne Hilfe von außen, nur durch eigene Kraft, ein neues, das Dritte Reich, geschaffen und seinen Willen dem Schicksal des ganzen Volkes eingeprägt hat.

Die Bekämpfung von Not und Elend: Winterhilfe

Noch 1932 füllte ein Heer von Bettlern die Straßen unserer Städte und fiel der öffentlichen Unterstützung zur Last. In jedem Jahr verübten rund 25 000 Volksgenossen Selbstmord, um dem entsetzlichen Jammer zu entgehen.

Als schönste Frucht der Volksgemeinschaft entstand im Rahmen der NS-Volkswohlfahrt das gewaltige „Winterhilfswerk" (WHW). Dr. Josef Goebbels, der es im Auftrage des Führers schuf, gab ihm das Ziel, „dafür zu sorgen, daß in diesem Winter keiner zu frieren und zu hungern braucht". Das ist natürlich nur zu erreichen, wenn jeder nach Kräften mitspendet und mithilft. Die Volksgemeinschaft verpflichtet dazu. „Du mußt freiwillig hervortreten und Opfer bringen. Du sollst dich nicht davor drücken und sagen: „Das ist unangenehm für mich". „Dein Geben hat nur dann einen Wert, wenn es für dich ein Opfer bedeutet", so rief der Führer seinem Volke zu. Und Deutschland verstand ihn. Noch nie hat die Welt eine solch beispiellose Opferfreude gesehen.

Die früheren Regierungen brachten für ihr Hilfswerk in 14 Jahren ganze 188 Millionen auf. Bereits das erste nationalsozia-

liſtiſche WHW zeitigte ein Ergebnis von 358 Millionen Mark, das zweite ein ſolches von 363 Millionen. Drei Winterhilfen erbrachten eine Geldſumme von rund 1,1 Milliarden und Sachſpenden im Werte von 366 Millionen Mark. Dieſe Rieſenbeträge ſind reſtlos den Bedürftigen in Form von Bar- oder Sachzuweiſungen zugeführt worden. Es wurden beiſpielsweiſe in drei Winterhilfswerken insgeſamt 7,5 Millionen Tonnen Steinkohlen und Braunkohlenbriketts ausgegeben. Die geſamten Saargruben hätten drei Vierteljahre voll arbeiten müſſen, um dieſe Menge zu fördern. Die geſamten Sachſpenden der drei Jahre belaufen ſich auf 209 Millionen Zentner. Zur Verladung dieſer Menge würde der geſamte Güterwagenbeſtand der Reichsbahn nötig ſein. Zuſammengeſtellt ergäbe dies einen Eiſenbahnzug, der von Berlin bis in das Innere von Abeſſinien reichen würde. An Kartoffeln wurden im erſten Jahre ſchon 71 Millionen Zentner verteilt, an Brotgetreide und Mehl rund 2 Millionen Zentner. Über 200 000 Anzüge, 600 000 Kleider und Röcke, 1½ Millionen Paar Schuhe, 750 000 Stück Strick- und Wollſachen und faſt 3 Millionen Meter Stoffe wanderten 1933/34 aus den Lagern des WHW zu den Notleidenden. 1½ Millionen freiwilliger Helfer ſtellen ſich alljährlich in den Dienſt der guten Sache. 17 Millionen arme Volksgenoſſen erhalten Unterſtützung. Die Mittel zur Durchführung des WHW werden auf verſchiedenſte Weiſe zuſammengebracht. Ihren Grundſtock bilden freiwillige Opfer.

Der deutſche Einheitstraum erfüllt ſich: ein Reich, ein Volk

Punkt 25 des Programms: Wir fordern die Schaffung einer ſtarken Zentralgewalt im Reiche

Ein Reich. Als Adolf Hitler die Macht übernahm, war das Deutſche Reich ein Bundesſtaat. Es beſtand aus 25 Einzelländern mit beſonderen Regierungen. Dieſe ſtanden der einheitlichen Reichsführung hindernd im Wege. Alſo mußten ſie verſchwinden. Durch das „Geſetz zum Neubau des Reiches" gingen die Hoheitsrechte der Einzelländer auf die Reichsgewalt über. Es gibt heute keine preußiſche, bayeriſche oder ſächſiſche Staatsangehörigkeit mehr, ſondern nur die deutſche Reichsbürgerſchaft. Damit ſind auch die trennenden Grenzpfähle alter Zeit verſchwunden. Von den Alpen bis zu den Nordmeeren, von der Saar bis zur Memel dehnt ſich nun das deutſche Einheitsreich.

1932: Kleinſtaaterei, Zerriſſenheit, Ohnmacht.
1936: Ein einiges Volk im wiedererſtarkten Reich

Der Nationalſozialismus hat das Parteiweſen erbarmungslos beſeitigt. Punkt 6 ſeines Programms ſagt: Wir bekämpfen die verderbliche Parlamentswirtſchaft und die Stellenbeſetzung nach Parteigeſichtspunkten ohne Rückſicht auf Charakter und Fähigkeiten. Als der Brand des Reichstagsgebäudes das Signal zum kommuniſtiſchen Aufſtand gab,

griffen Hermann Göring und die Leiter der SS blitzschnell zu. Die roten Rädelsführer wurden verhaftet, die Parteien der Novemberverbrecher verboten. Die übrigen lösten sich von selbst auf. Es blieb nur die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, und hinter dieser stand fast das ganze Deutschland, wie Wahlen und Volksbefragungen deutlich bewiesen. Im Reichstage von heute sitzt nicht mehr eine Gesellschaft schwatzender Nichtstuer, sondern eine Auslese von Männern, die auf ihren verantwortlichen Posten schwerste Arbeit leisten. Sie reden nicht viel über das Volk, aber sie helfen ihm.

Doch das Volk selbst hatte sich noch nicht zusammengefunden im Jahre 1933. Eine unselige Zerrissenheit ging durch das Vaterland. In kleinlichem „Kastengeist" trennten sich die einzelnen Stände und Berufe. Der Gebildete verachtete sehr oft den Ungebildeten, der Reiche den Armen, der Städter den schwerschaffenden Bauern. Ein „feiner Mann" setzte sich zu keinem Arbeiter an einen Tisch. Wir nannten uns ein „Volk von Brüdern", aber von brüderlichem Gemeinsinn war wenig zu spüren. Selbst Bismarck hatte nicht vermocht, die auseinanderstrebenden Stände und Berufsklassen miteinander zu versöhnen. Adolf Hitler allein vollbrachte das Wunder. Er gab der Arbeit einen neuen Sinn und eine andere Wertschätzung.

Punkt 24 seines Programms verkündete: Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Punkt 10 gibt die Erläuterung dazu: Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen das Wohl der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen. Jeden von uns hat das Volk als Arbeiter an einen Platz gestellt. Es macht nichts aus, ob ich mit der Stirn oder mit der Faust schaffe. Es ist für meine Ehre gleichgültig, ob ich mir mein Brot als Staatsminister oder als Straßenkehrer verdiene. Hauptsache bleibt, daß ich mein Handeln daraufhin prüfe: Nutzt es auch der Gemeinschaft, oder schadet es etwa dem Volksganzen? Es würde ihm schaden, wenn ich nur an meinen Nutzen denke und rücksichtslos Geld und Gut für mich zusammenscharre. Zum Verdienen gehört heute das Dienen, der opferfreudige Dienst für die Gesamtheit. So ist aus der Zerrissenheit alter Zeit, aus Ständen, Berufen und Klassen die neue Volksgemeinschaft erwachsen, und keiner von uns ist zu hoch, keiner zu reich und keiner zu arm, um nicht ihr treues, begeistertes Mitglied zu werden.

Der Reichsarbeitsdienst

Die Arbeitsdienstpflicht

Schon in der ersten großen Kundgebung der Regierung Adolf Hitlers, in dem Aufruf vom 1. Februar 1933, hatte der Führer gesagt: „Zu den

Grundpfeilern dieſes Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienſtpflicht." Am 26. Juni 1935 wurde dieſer Pfeiler durch das „Geſetz der Arbeitsdienſtpflicht" errichtet. Darin heißt es:

§ 1. (1) Der Reichsarbeitsdienſt iſt Ehrendienſt am deutſchen Volke.

(2) Alle jungen Deutſchen beiderlei Geſchlechts ſind verpflichtet, ihrem Volke im Reichsarbeitsdienſt zu dienen. (3) Der Reichsarbeitsdienſt ſoll die deutſche Jugend im Geiſte des Nationalſozialismus zur Volksgemeinſchaft und zur wahren Arbeitsauffaſſung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen. (4) Der Reichsarbeitsdienſt iſt zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten beſtimmt.

Der Arbeitsdienſt als Schule des Volkes

Auf dem Reichsparteitag der Freiheit 1935 ſprach der Führer zu 54 000 Arbeitsmännern, die aus allen Teilen Deutſchlands auf der Zeppelinwieſe in Nürnberg angetreten waren: „Meine Arbeitsmänner! Zu den kühnſten Programmpunkten der nationalſozialiſtiſchen Bewegung gehört der: Die bisher in Klaſſen geſpaltene Nation aus ihrer Zerriſſenheit zu löſen und zu einem einheitlichen Körper zuſammenzuſchmelzen . . . Zu den Mitteln, dieſe Volksgemeinſchaft zu verwirklichen, gehörte bei uns Nationalſozialiſten auch die Idee, alle deutſchen Menſchen durch eine Schule der Arbeit gehen zu laſſen, damit ſie ſich untereinander kennenlernen, und damit die Vorurteile der bürgerlichen Tätigkeit ausgerottet werden, ſo gründlich, daß ſie nicht mehr wiederkehren . . . Wenn ihr heute ſo als Gemeinſchaft vor mir ſteht, dann weiß ich, wie ſchwer der Weg war, aus nichts heraus erſt über den freiwilligen Arbeitsdienſt die heutige Lage der nationalen Arbeitsdienſtpflicht zu ſchaffen." Wie die allgemeine Wehrpflicht den Namen „Soldat", ſo wird die allgemeine Arbeitsdienſtpflicht den Namen „Arbeiter" zum Ehrentitel jedes deutſchen Mannes machen.

„. . . Der Arbeitsdienſt bedeutet etwas anderes, viel Größeres als eine aus der Not der Zeit geborene vorübergehende Aushilfe zur Bekämpfung der Arbeitsloſigkeit. Die Idee der Arbeitsdienſtpflicht bedeutet die folgerichtige Fortführung und notwendige Ergänzung der Gedanken, die zur allgemeinen Schulpflicht und allgemeinen Wehrpflicht geführt haben. Nicht nur im Kriege mit der Waffe, ſondern auch im Frieden mit dem Werkzeug ſoll der Deutſche ſeinem Volke dienen. Jeder Deutſche ſoll Arbeiter und Kämpfer für ſein Volk ſein. Die Arbeitsdienſtpflicht ſoll Ehrenpflicht der deutſchen Jugend und ſoll Dienſt am Volke ſein . . . Der Kriegsausgang hat uns Provinzen entriſſen. Wir können uns im Frieden bei richtigem Einſatz des Arbeitsdienſtes innerhalb unſerer Grenzen neue Provinzen gewinnen . . ." (Reichsarbeitsführer Hierl am 1. Mai 1933 und 20. Januar 1934.)

Landgewinnungsarbeiten

Gewaltiges hat der Arbeitsdienſt ſchon geleiſtet. An der Nordſeeküſte ſind überall Landgewinnungsarbeiten im Gange. Durch Anlage von Buhnen und Deichen ringen deutſche Arbeitsmänner ſiegreich dem Meer Land ab, das es ſich einſt raubte. Ein „Generalplan für Landgewinnung" in Schleswig-Holſtein wurde für 10 und für 100 Jahre aufgeſtellt. In den nächſten zehn Jahren ſollen die Halligen geſichert, Dämme nach den Inſeln Föhr und Amrum gebaut, durch Eindeichungsarbeiten Land gewonnen werden. Das Ziel der nächſten 100 Jahre iſt die Wiedergewinnung des Wattenmeeres bis zur durchſchnittlich ſechs Kilometer vom Feſtland entfernten inneren Inſelreihe. Dadurch ſollen 30 000 Hektar nutzbares Land gewonnen werden.

Bei Brunsbüttelkoog, an den Schleuſen des Nordoſtſeekanals, wurde im Auguſt 1935 der Adolf-Hitler-Koog fertiggeſtellt. 1500 Volksgenoſſen haben dort in zweijähriger Arbeit 1200 Hektar Neuland gewonnen. Im Oktober 1935 wurde der 550 Hektar große Hermann-Göring-Koog im Kreiſe Eiderſtedt eingeweiht. Weitere Köge von 460, 160 und 100 Hektar ſollen fertig werden.

4000 Arbeitsmänner ſtehen in Emsland. In der Einſamkeit der öden Moore, wo heute noch Waſſer in Moorlöchern gurgelt, wo keines Menſchen Fuß die ſchwankende Decke betreten kann, erobern ſie ihrem Volke eine Provinz im Frieden. 3500 Hektar ſind zunächſt in Bearbeitung, über 150 000 Hektar liegen noch als Heide und Moor brach.

Im Rhinluch und im Havelluch in der Mark Brandenburg ſollen 20 000 Hektar neues Siedlungsland geſchaffen werden. Im Sprottebruch in Schleſien ſollen in fünf Jahren 1,5 Millionen Tagewerke von den „Sprottebruch-Indianern", wie ſich die Arbeitsmänner hier nannten, verrichtet werden. Ein großer Teil dieſer Arbeit wurde bereits geleiſtet. Außerordentlich umfangreiche Aufforſtungsarbeiten werden nach den Plänen des Reichsforſtmeiſters Hermann Göring und des Reichsernährungsminiſters Darré vorgenommen. Nach zweijähriger Arbeit ſind bereits 61 000 Hektar bisher ungenützter Fläche in forſtliche Kultur genommen. Im ganzen ſollen 1 000 000 Hektar minderwertiges Ackerland, 800 000 Hektar Ödland, 200 000 Hektar Waldſchadengebiete, 100 000 Hektar Waldblößen aufgeforſtet werden. Das ergibt neue Waldflächen, die zuſammen faſt ſo groß ſind wie die Rheinprovinz! Die deutſche Waldfläche wird dadurch um ein Fünftel vermehrt werden, ſo daß wir in Zukunft kaum noch Holz einzuführen brauchen.

So ordnet ſich der Arbeitsdienſt in das gewaltige Werk der Aufbauarbeit im Dritten Reich ein. Er iſt Dienſt am Volke! Er iſt die große Schule der politiſchen Erziehung zum neuen deutſchen Arbeitertum, zum deutſchen Sozialismus der Tat!

Schutz des deutschen Blutes

Gegen das Eindringen artfremden, insbesondere jüdischen Blutes wurden Reichsgesetze erlassen. Kein Deutscher darf sich mit einem Juden verbinden und eine Ehe eingehen. Denn es heißt im Punkt 4: Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

Damit bekennt sich der Nationalsozialismus zu der Lehre, die in Blut und Rasse das Schicksal eines Volkes sieht. Die Geschlechter der Menschen kommen und gehen, leben und sterben. Etwas von ihnen aber bleibt bis ans Ende aller Tage. Unsere leiblichen und seelischen Anlagen und Eigenarten — wir nennen sie das rassische Erbgut — gehen in ununterbrochenem Strom von den Vorfahren auf den Nachwuchs, von den Eltern auf die Kinder über. Der rassische Bestand unseres Volkes war stark bedroht durch zunehmende Ausbreitung krankhafter Erbanlagen, durch Rückgang in der Zahl und durch wahllose Vermischung mit artfremden Rassen.

Verhütung erbkranken Nachwuchses. Die Wissenschaft hat festgestellt, daß sich geistig Minderwertige, Krüppelhafte und Fürsorgebedürftige fast doppelt so rasch vermehren wie Erbgesunde. Das müßte in absehbarer Zeit zu Deutschlands Untergang führen. Nur ein gesundes Volk vermag sich in dieser Zeit des Kampfes zu behaupten. Die frühere Zeit hat in falschem Mitleid jährlich fast eine halbe Milliarde ausgegeben, um die rassisch minderwertigen Volksgenossen in Pflegehäusern, Heilanstalten oder Gefängnissen unterzubringen und zu betreuen, während erbgesunde Familien in Not und Elend umkamen. Der Nationalsozialismus sieht auf das Wohl des Volksganzen. Darum kann er nicht dulden, daß sich rassisch Minderwertige und Erbkranke uneingeschränkt weiter vermehren. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" bestimmt, daß Menschen mit angeborenem Schwachsinn, mit Fallsucht, Veitstanz, erblicher Blindheit und Taubheit, Gewohnheitstrinker und unverbesserliche Verbrecher durch den Arzt unfruchtbar gemacht werden, damit sie keine erbkranken Kinder mehr haben können. Das ist keine Grausamkeit, sondern eine Notwendigkeit. Nur so kann der deutsche Volkskörper langsam wieder genesen. —

Die Förderung erbgesunden Nachwuchses. Wir waren vor 1933 ein sterbendes Volk, denn die jährliche Zahl lebendgeborener Kinder sank so rasch, daß die Zahl der Todesfälle nicht mehr ausgeglichen werden konnte. Das bedeutet, daß unser 65-Millionen-Volk bis zum Jahre 2050 auf 25 Millionen zusammengeschmolzen wäre. Politische Schwäche, Senkung der Lebenshaltung, Not und Untergang müßten die natürliche Folge davon sein. Ursache des bedrohlichen Geburtenrückganges war hauptsächlich die schlechte Wirtschaftslage. Ein Volk ohne ausreichendes Einkommen und ohne Hoffnung ist immer ein Volk ohne Kinder.

Hitler gab den Deutſchen den Glauben an die Zukunft und damit den Willen zum Kinde wieder. Die Zahl der Eheſchließungen ſtieg innerhalb der erſten drei Jahre von 510 000 auf 650 000, die Zahl der lebendgeborenen Kinder von 975 000 auf 1 265 000 an. — Durch Behebung der früheren Wohnungsnot und durch ein großartiges Siedlungswerk wird immer neuen Familien die Gründung eines kinderreichen Haushaltes ermöglicht. Wir dürfen heute ſchon ſagen, daß der Nationalſozialismus den drohenden Volkstod gebannt hat. —

Der Kampf um Ehre und Freiheit

Punkt 22: Wir fordern die Abſchaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

Punkt 2 des Programms: Wir fordern die Gleichberechtigung des deutſchen Volkes gegenüber den anderen Nationen und die Abſchaffung der Friedensverträge von Verſailles und St. Germain.

Vom Schandvertrag von Verſailles. Ehe die Feindmächte 1919 ihren Frieden mit uns ſchloſſen, erzwangen ſie die feierliche Erklärung von Deutſchland und Öſterreich, daß dieſe beiden Länder die Alleinſchuld am Kriege trügen. Das war eine ungeheuerliche Lüge. Wir waren am Ausbruch des entſetzlichen Völkermordens genau ſo ſchuldlos oder ſchuldhaft wie unſere Gegner. Unſer erzwungenes Eingeſtändnis aber nahmen nun die Siegermächte zum Vorwand, um uns Verpflichtungen und Wiedergutmachungslaſten aufzuerlegen, wie ſie in der Geſchichte kein Beiſpiel haben. Sie ließen ſich dabei nicht von Recht und Gerechtigkeit, ſondern nur von blindem Haß leiten. Deutſchland ſollte für ewige Zeiten in Armut und Schande erhalten werden. Ohne ſich an das verſprochene Selbſtbeſtimmungsrecht der Völker zu halten, entriſſen ſie uns Millionen von deutſchen Brüdern, raubten unſere Kolonien und zertrümmerten unſere Wehrmacht. Schlimmer noch, man ſtrich uns aus der Reihe der ſelbſtändigen Nationen und machte uns ehrlos. Wir waren nicht mehr Herren unſeres Luftraumes und der ſchiffbaren Ströme. Fremde hatten lange Zeit Flugfreiheit und Mitbenutzungsrecht an unſeren Waſſerſtraßen. Das Rheinland wurde von fremden Truppen beſetzt und auch nach deren Abzug als neutrale Zone erklärt, in der wir weder Befeſtigungen bauen, noch Truppenverbände unterhalten durften. In geradezu ſelbſtmörderiſchem Erfüllungswillen hatte die deutſche Regierung ihre Waffen abgeliefert oder vernichtet. Dieſe deutſche Abrüſtung, die uns nur noch ein felduntüchtiges Heer von 100 000 Mann ließ, ſollte die allgemeine Abrüſtung der europäiſchen Völker einleiten. Doch die andern dachten nicht daran, dieſen Verpflichtungen nachzukommen. Sie rüſteten vielmehr auf. An allen unſeren Grenzen ſtanden bald hochgerüſtete Feinde, jederzeit bereit, über das wehrloſe Deutſchland herzufallen. Wohl verlangten die deutſchen Regierungen beim Völkerbund in Genf Abänderung dieſes unmöglichen Zuſtandes. Man fertigte ſie mit leeren Verſprechungen ab.

Der Retter der deutſchen Ehre. Für ein ehrliebendes, tapferes Volk ſind ſolche Verhältniſſe unerträglich, daher ſchwor ſich Adolf Hitler, Deutſchland wirkliche Gleichberechtigung, neue Ehre und geſicherte Freiheit zu erkämpfen. Am 14. Oktober 1933 erklärte er unſern Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüſtungskonferenz und nahm die Löſung der deutſchen Schickſalsfrage in eigene Hände. Er bekannte dabei vor aller Welt: „Deutſchland wird von ſich aus niemals den Frieden brechen, aber wer uns anpackt, der ſoll in Dornen und Stacheln greifen; denn ebenſo, wie wir den Frieden lieben, lieben wir auch die Freiheit.“ Der Beginn des Jahres 1935 brachte uns den deutſchen Sieg an der Saar: 15 Jahre lang blieb das Saargebiet nach den Beſtimmungen des Schandvertrages von Verſailles der deutſchen Verwaltung entzogen. Mit unerſchütterlicher Treue, Geduld und Tapferkeit trugen die 800 000 Saardeutſchen ihr ſchweres Schickſal. Weder Gewalt noch Verführung vermochten ſie in ihrem Bekenntnis zu Deutſchland wankend zu machen. So wurde der Volksentſcheid am 13. Januar 1935 zu einem überwältigenden Siege der Gerechtigkeit. Das entriſſene Saargebiet kehrte frei und ſtolz in die Arme des jubelnden Mutterlandes zurück. Am 26. Februar 1935 beſchließt die Reichsregierung den Aufbau einer Luftflotte. Das iſt der erſte Schritt zur Wehrfreiheit. Ihm folgt am 16. März 1935 ein noch wichtigerer. Der Führer veröffentlicht das „Geſetz über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht“. Das Wehrgeſetz erſchien am 21. Mai 1935. Es macht den Soldatendienſt wieder zum Ehrendienſt am deutſchen Volke und zur harten, aber notwendigen Erziehungsſchule unſerer Jugend. Die deutſche Wehrmacht ſoll mitbauen am großen Werke unſerer Zukunft. Sie bedroht nicht andere Staaten mit Angriff und Krieg, ſondern iſt nichts als der Schützer einer Nation, die ihr Schickſal in eigene Hand genommen hat und nichts anderes will, als freier Herr ſein im eigenen Hauſe.

Mit England wurde im Juni 1935 ein Flottenabkommen geſchloſſen, das unſere deutſche Seegeltung wieder herſtellt. In all den Jahren hat Adolf Hitler wiederholt verſucht, mit Frankreich zu einer ehrlichen Verſtändigung zu kommen. Seine ausgeſtreckte Friedenshand wurde nicht angenommen. Im Gegenteil, als offene Drohung gegen Deutſchland ſchloß Frankreich mit Sowjetrußland ein Militärbündnis. Dadurch wird es möglich, daß übermächtige ruſſiſche Heere und Fliegergeſchwader durch tſchechoſlowakiſches Gebiet ins Herz Deutſchlands vorſtoßen können. Um unſere Grenzen beſſer zu ſichern, ließ der Führer am 7. März 1936 deutſche Truppen in die verbotene Rheinlandzone einrücken. Unbeſchreiblich war der Jubel, mit dem ſie überall empfangen wurden. Jeder Rheinländer weiß, daß er nun unter dem Schutze unſerer wiedererſtandenen Wehrmacht ſteht, daß er ſein friedlich Tagewerk leiſten darf, ohne ſtändige Furcht vor feindlichem Überfall. Gleichzeitig mit dem kühnen Schritt, der das letzte Stück deutſcher Erde wieder der Reichshoheit unterſtellte,

bot der Führer Europa erneut die Friedenshand. Seine Vorſchläge: Doppelſeitig entmilitariſierte Zone, Nichtangriffspakt auf 25 Jahre, Luftpakt und Wiedereintritt Deutſchlands in den Völkerbund können geeignete Grundlagen für eine wirkliche Befriedung der Welt abgeben. Um der Welt Deutſchlands Friedensliebe zu beweiſen, hat ſich Adolf Hitler an das deutſche Volk gewandt und ihm die Frage vorgelegt: Willſt du auch unter allen Umſtänden die Ehre der Nation wahrnehmen, zugleich aber deine Hand zu einem dauernden Frieden geben? Willſt du, deutſches Volk, dich hier mit deiner Führung verbinden oder mißbilligſt du dieſe Haltung deiner Regierung?

Die Antwort gaben die deutſchen Volksgenoſſen am 29. März 1936. 99 v. H. aller Wahlberechtigten ſtellten ſich in noch nie dageweſener Einmütigkeit hinter den Führer. Sie bezeugten damit, daß er und ſeine Mitkämpfer in den vergangenen drei Jahren mehr als ihre Pflicht getan hatten und ſie machten ſich damit jenes herrliche Bekenntnis zu eigen, das Adolf Hitler ſeit 17 Jahren predigt: „Ich bin ein Deutſcher. Ich glaube an mein Volk. Ich glaube an ſeine Ehre. Ich glaube an ſein Recht, und ich trete ein für dieſes Recht. Ich trete ein für ſeine Freiheit, und ich trete damit ein für einen beſſeren Frieden als den Frieden des Unſegens und des Haſſes der Vergangenheit." — — Nun wiſſen unſere Gegner, daß das deutſche Friedensangebot vom 7. März 1936 nicht die Meinung eines einzelnen Mannes iſt, der Adolf Hitler heißt, ſondern die Meinung eines ſtolzen 67-Millionen-Volkes. Sie mögen darauf antworten, wie ſie wollen. Eins ſteht feſt: Wir werden vor keiner Macht und vor keiner Gewalt in der Wiederherſtellung der Ehre unſeres Volkes zurückweichen und lieber der ſchwerſten Not ehrenvoll erliegen, als jemals vor ihr in die Knie ſinken.

Der deutsche Bauer ist wieder frei auf seiner Scholle,

Der deutsche Arbeiter steht wieder im Werk und verdient sein Brot,

Deutschland hat seine Freiheit und Ehre wiedergewonnen.

Deutschland ist schöner geworden!

Deutschland du

Immer fühl ich deine herbe Kraft,
wenn die Stürme in den Wäldern sausen,
wenn sich jeder Muskel fester strafft
und im Werk Motor und Flammen brausen.
Immer steht das Herz in deinem Bann,
höre ich die Stimme deiner Lieder,
seh ich Kinder euch, dich Weib und Mann,
seh ich Felder, Dorf und Städte wieder.
Deutschland du.

Ströme ziehen hin zum ew'gen Meer.
In den Nächten hör ich seine Wogen.
Herz, mein Herz, wie schlägst du freudeschwer.
Höher wölben sich der Brücke Bogen.
Überall in Stadt und Dorf und Land
hör ich Sichelschnitt und Amboß klingen,
sehe Hirn und Geist und Faust und Hand
unerbittlich mit dem Schicksal ringen.
Deutschland du.

Aus den Öfen flammt die rote Glut.
Hell vom Schein der Essen sind die Nächte.
In den Adern, Brüder, klopft das gleiche Blut.
Wir erschlugen Herren und auch Knechte.
Schaffer seh ich rings im Ährenfeld,
Schaffer in Fabriken und Kontoren,
Schaffer werken, wo der Hammer fällt.
Volk, mein Volk, du wurdest neu geboren.
Deutschland du.

Ferdinand Oppenberg

II. Teil: Die Führerschulung

Zeitpolitische Betrachtungen

Neuer Völkerbundskommissar für Danzig

Als Danzigs Staatspräsident Greiser auf der Herbsttagung des Völkerbundes erschien und verlangte, daß der Hohe Kommissar für Danzig, Lester, abberufen und durch einen geeigneteren Mann ersetzt würde, gab es in Genf dramatische Auftritte und anschließend lange Verhandlungen.

Wie kommt Danzig überhaupt zu einem Völkerbundskommissar? Danzig ist an sich ein selbständiger Staat; man hat ihm die Lostrennung vom Reich und die staatliche Selbständigkeit durch das Versailler Diktat aufgenötigt, nicht etwa, um Danzig zu „befreien", sondern um Polen einen Gefallen zu tun. Danzig ist wirtschaftlich und auch in einigen politischen Beziehungen an Polen gebunden und stellt Polens Tor zum Weltmeer dar. Aus diesem Zwangsverhältnis ergaben sich, wie vorauszusehen war, immer wieder Spannungen und Schwierigkeiten. Danzig hatte sich seiner Haut zu wehren. Die Befugnisse, die Polen vertragsmäßig besaß, reizten diesen Staat, sie zu erweitern, und als Ziel schwebte manchem polnischen Propagandisten vor, Danzig völlig zu polonisieren und dem polnischen Staat einzuverleiben. Wirtschaftlicher Druck, Einrichtung des Konkurrenzhafens Gdingen, Ausspielen der polnischen Minderheit in Danzig und anderes mehr waren die Mittel, mit denen man gegen Danzigs Unabhängigkeit vorging.

Da nun aber einmal im Hohen Rat der Mächte beschlossen war, daß Danzig Danzig bleiben solle, so war eine Sicherung dieses Staates von Versailler Gnaden erforderlich, auch gegen den Appetit des großen östlichen Nachbars. So kam ein Hoher Kommissar des Völkerbundes nach Danzig, zu keinem anderen Zweck, als darüber zu wachen, daß nach den auf Danzig bezüglichen Paragraphen 102 und 103 des Versailler Diktats verfahren würde. Die inneren Zustände der Stadt gingen den Kommissar nur insofern an, als er das Zustandekommen einer demokratischen Verfassung zu veranlassen hatte. Nachdem das geschehen war, hatte die Stadt innerpolitisch freie Hand.

Der inzwischen abberufene Kommissar Lester war der Neunte in einer Reihe von vier Engländern, zwei Italienern, einem Holländer, einem Dänen und einem Iren. Er hatte es nicht mehr mit einem „demokratischen", sondern mit einem nationalsozialistischen Danzig zu tun. Obwohl auch in Danzig der Nationalsozialismus auf völlig gesetzmäßige Weise an die Macht gekommen war und die Mehrheit der Staatsbürger auf seiner Seite hatte, glaubte der Kommissar, mit dieser Entwicklung unzufrieden sein und der neuen Staatsführung Knüppel zwischen die Beine werfen zu müssen. Er erlaubte sich, bei jeder Gelegenheit Beschwerden der aus Deutschnationalen, Zentrumsmännern, Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengewürfelten Opposition über angeblich verfassungswidrige Maßnahmen der Regierung entgegenzunehmen und entsprechend nach Genf zu berichten. So entstand in der Welt das Zerrbild einer nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Danzig.

Es ergab sich mithin das sonderbare Bild: Der Hohe Kommissar entfaltete eine fieberhafte Tätigkeit ausgerechnet zu einer Zeit, wo dazu für ihn weniger

Anlaß war als je zuvor. Denn Danzig hatte nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch den Nationalsozialismus erstens, im Gegensatz zu früher, durchaus geordnete und klare innere Verhältnisse, und hatte es zweitens verstanden, gleichfalls im Gegensatz zu früher, seine Beziehungen zu Polen durch unmittelbare Verhandlungen erträglich zu regeln. Der Hohe Kommissar konnte sich, mehr als je zuvor, sagen, daß er unter den obwaltenden Umständen eigentlich herzlich überflüssig sei. Wem er einen Gefallen zu tun hoffte, wenn er nun trotzdem auffässigen und böswilligen Geistern Gehör schenkte, das blieb sein Geheimnis; sich selbst und dem Völkerbund hat er jedenfalls damit nicht genützt. Denn die Hohe Genfer Institution war nach dem Auftreten Greisers nicht in der Lage, ihren Sendboten zu halten. So ist Lester gegangen und der Schweizer Universitätsprofessor Carl Burckhardt neuerdings an seine Stelle getreten.

Der neue Kommissar wird ebensowenig wie sein Vorgänger Anlaß haben, sich über die Danziger Staatsführung zu beklagen. Diese wird es zu würdigen wissen, wenn der Völkerbundsvertreter sich in den Grenzen seiner Stellung hält. Die Danziger Innenpolitik sich nach ihren eigenen Gesetzen gestalten zu lassen, wird ihm dadurch erleichtert, daß die Opposition immer mehr zerfällt. Erst kürzlich sind mehrere oppositionelle Abgeordnete ins Regierungslager eingeschwenkt.

Danzigs politische und wirtschaftliche Lage ist nicht einfach. Das Verhältnis zu Polen enthält nach wie vor Gefahrenpunkte, die zu beseitigen außerhalb des guten Willens der Danziger Regierung liegt. Trotzdem fühlt das deutsche Danzig, seit es nationalsozialistisch geworden ist, sich stark genug, auch schwierige Fragen seines staatlichen und wirtschaftlichen Lebens zu meistern. Es verlangt vom Völkerbund keine Unterstützung in seinem Daseinskampf. In dieser Hinsicht hat man in Genf nie etwas für Danzig getan, auch in den schlimmsten Zeiten und bei den dringendsten Anlässen nicht. Es verlangt nur Beobachtung der geltenden Gesetze, an die es sich seinerseits bindet. Danzig ist stark genug, um sich aus eigener Kraft durchzuschlagen. Möge man in Genf beruhigt die Akten hüten! — — —

Imperium Romanum marschiert

Als Marschall Badoglios Truppen in Addis Abeba eingerückt waren, nahm der italienische König den Titel „Kaiser von Äthiopien" an. Die faschistische Regierung Italiens erklärte das Römische Reich, das Imperium Romanum, für neu begründet.

An einer der belebtesten Stellen der Stadt Rom ist in großem Format eine Landkarte angebracht, die die Grenzen des alten Römischen Weltreiches umreißt. Sind die Faschisten politische Romantiker? Wollen sie Spanien und die Donauländer, Kleinasien, Syrien und Ägypten zurückerobern, Gebiete, die einmal römisch waren, aber seit anderthalb Jahrtausenden ihre eigenen politischen Wege gehen? Gelüstet es Mussolini, sich die halbe Welt zum Feind zu machen, um ein überspanntes Prestigebedürfnis zu befriedigen?

Keineswegs! Das Wort vom Imperium Romanum ist für das faschistische Italien die rednerische und propagandistische Verhüllung der zwingenden politischen Notwendigkeit, einem Volke Raum zu schaffen, das nicht auf die Dauer, mit 340 Menschen je Quadratmeter, einen verhältnismäßig dürftigen Boden bewohnen kann. Italien ist arm an industriellen Rohstoffen, und nur mit den größten Anstrengungen ist es in den letzten Jahren gelungen, die Lebensmittelerzeugung so zu steigern, daß der heimische Bedarf gedeckt werden kann. Eine Lage also ähnlich der, die wir in Deutschland vorfinden. Aber während Deutschland bisher noch keinen Fußbreit seiner Kolonien zurückerhalten hat, erfreut sich Italien des Besitzes entwicklungsfähiger überseeischer Gebiete: Tripolis und Libyen in Nordafrika, Abessinien in Ostafrika. Daß in Abessinien

hart gearbeitet werden muß, verſteht ſich bei dieſem bisher faſt gänzlich unerſchloſſenen Lande von ſelbſt. Aber auch die nordafrikaniſchen Beſitzungen ſind kein früchteſchweres Paradies. Hier iſt in der vorfaſchiſtiſchen Zeit wenig geleiſtet worden; erſt der Faſchismus hat auch hier die entſcheidende Aufbauarbeit in Angriff genommen; er hat für Tripolis und Libyen einen ſeiner fähigſten Männer, den bekannten Marſchall Balbo, als Gouverneur abgeſtellt. Die italieniſchen Koloniſten ſitzen auf Neuland, ſie müſſen alſo ſchuften, was die Knochen hergeben, um nur erſt einmal wirtſchaftlich Fuß zu faſſen. Aber der Staat tut für ſie ſehr viel. Vor kurzem wurde eine rieſige Autoſtraße fertiggeſtellt, die von Tripolis aus die Küſte beſtreicht und alle wichtigen Hafenorte miteinander verbindet. Damit hat das italieniſche Siedlungsgebiet ſeine Verkehrsachſe erhalten; denn die Siedler ſitzen faſt alle nahe der Küſte. Die Einweihung dieſer Straße war für den Duce der Anlaß, um nach über zehn Jahren die Kolonie zum zweitenmal zu beſuchen. Dieſe Beſichtigungsreiſe wurde im größten Maßſtabe durchgeführt und hat in der ganzen Welt ungeheures Aufſehen hervorgerufen. Die Italiener verſtehen ſich auf Vorbereitung, Ausgeſtaltung und propagandiſtiſche Auswertung ſolcher Ereigniſſe ausbündig. Muſſolini reiſte mit verhältnismäßig kleinem Gefolge, aber mit einem Heer von eingeladenen Zeitungsberichterſtattern aus aller Welt. In ſauſender Fahrt ging es über die neue Straße bis zu ihrem öſtlichen Ende an der ägyptiſchen Grenze, wo ſich die Einweihungsfeierlichkeit vollzog. Dann wurden überall die koloniſatoriſchen Fortſchritte feſtgeſtellt und die Begrüßung ſowohl der Italiener wie der eingeborenen Araber und Berber entgegengenommen. Die Reiſe fand ihren glanzvollen Abſchluß am Sitz Marſchall Balbos, in Tripolis, mit einem Manöver der aus Eingeborenen beſtehenden Kolonialtruppen.

Es war aber nicht dies bei einer ſolchen offiziellen Beſichtigungsfahrt gewiſſermaßen normale Programm, was die Aufmerkſamkeit der Welt erregte und einem Teil der internationalen, beſonders der engliſchen Preſſe auf die Nerven fiel. Der Grund dieſes Aufruhrs war eine Neuigkeit von allerdings ungewöhnlicher und weittragender Bedeutung, nämlich die Tatſache, daß der Duce ſich in Libyen und Tripolis in höchſt offizieller und förmlicher Weiſe mit dem Mohammedanismus verbrüdert und verbündet hat. Man höre, was der Cadi der Hafenſtadt Derna ſagte, als er in Anweſenheit arabiſcher Würdenträger von den Stufen der Moſchee eine Huldigungsadreſſe an Muſſolini verlas:

„Großer Duce! Glücklich iſt dieſer Tag, an dem Gott durch Deinen Beſuch an dieſem heiligen Ort unſere Herzen hat erleuchten wollen. Dieſes Ereignis wird alle trüben Erinnerungen der Vergangenheit auslöſchen und auf Generationen hinaus in unſere dankbaren Herzen eingegraben ſein. Wir betrachten Dich als ein getreues Werkzeug des göttlichen Willens. Gott will der Menſchheit durch Dich Freude und Wohlſtand beſcheren. Großer Duce! Wir verſichern Dir, daß die 400 Millionen Mohammedaner der Welt die beſondere Aufmerkſamkeit, die Du dem Islam geſchenkt haſt, nicht überſehen werden, und dieſe Dankbarkeit wird auch durch greifbare Beweiſe ihren Ausdruck finden. Die libyſchen Mohammedaner haben ihre Dankbarkeit ſchon darin gezeigt, daß ſie Seite an Seite mit den italieniſchen Soldaten in Abeſſinien kämpften. Gott erhöre unſere Gebete, er möge Dich unter ſeinen Schutz nehmen, damit Du alle die Aufgaben erfüllen kannſt, die er Dir anvertraute."

Es iſt verſtändlich, daß ſolche Worte an der Themſe und Seine nicht gern gehört werden. Und doch war dieſe Anſprache nur der Auftakt zu einem viel einprägſameren Ereignis. Am Nachmittag nämlich des 18. März überreichte eine Abordnung der Araber, beſtehend aus einem Prinzen und fünf Scheichs, dem Duce vor vielen tauſend mohammedaniſchen Zuſchauern in Bu Grara bei Tripolis das Schwert des Islams. „Muſſolini nahm mit einer impulſiven Bewegung die Waffe, die ihm die Vertreter des libyſchen Islams gleichſam

als Zeichen der Schutzherrschaft über den Islam dargebracht hatten, und hob das Schwert hoch in die Luft. Ein ohrenbetäubender Jubel, heisere Kampfrufe der arabischen Reiter, dumpfe Schläge der Kriegstrommeln grüßten diese Bewegung."

Um recht zu verstehen, was hier geschah, bedarf es eines Blickes auf eine Religionskarte der Erde. Die 400 Millionen Mohammedaner, von denen der Cadi in Derna sprach, verteilen sich, von Arabien als Mittelpunkt gerechnet, ziemlich gleichmäßig weit einerseits in südwestlicher, andererseits in nordöstlicher Richtung, d. h. über ganz Nordafrika, einen Teil des ostafrikanischen Küstenlandes, über Arabien, Syrien, Kleinasien, Persien und das anschließende Südwestasien, bis nach Indien hinein. Der so oder so gemeinte Anschluß dieser Länder- und Menschenmassen an eine einzelne Großmacht muß mit Notwendigkeit, wenn er sich festigt und vollendet, das gesamte politische Kräfteverhältnis 2000 Kilometer rund um Mekka völlig verschieben. Es ist zu begreifen, daß es in Europa Leute gibt, denen sich angesichts einer solchen Möglichkeit die Haare sträuben. Rechts und links des Suezkanals und des Roten Meeres herrscht die Religion des Propheten. Arabien ist ihr religiöses Zentrum. Von der missionarischen Stoßkraft des Islam machen sich wohl nur die unmittelbar interessierten Europäer eine zutreffende Vorstellung. Tatsache ist, daß die mohammedanische Bewegung besonders in Afrika unaufhaltsam vordringt und an manchen Stellen die christliche Mission einfach an die Wand drückt. Wer weiß, ob nicht eines Tages statt 400 Millionen 600 oder 800 Millionen Anbeter Allahs den Orient bevölkern.

Dieser riesige konfessionelle Block bildet freilich p o l i t i s c h keine Einheit. Er gliedert sich in selbständige Staaten, wie Türkei, Persien, Afghanistan, Arabien, in Interessengebiete der Großmächte (Syrien von Frankreich, Ägypten von England kontrolliert), und Kolonien, die zur Hauptsache von England, Frankreich und Italien verwaltet werden. Der Imperialismus dieser Mächte hat in vielen Gegenden den Nationalismus der mohammedanischen Eingeborenen geweckt. Es bestehen also unleugbare Spannungen zwischen den kolonisierten Mächten und wenigstens einem Teil der italienischen Welt, Spannungen, die vielleicht im Augenblick keine unmittelbare Gefahr bedeuten, aber durchaus in die politische Rechnung eingesetzt werden können und müssen. Es will scheinen, als wolle Italien mit dieser Größe fortan in seiner Weise rechnen. In dem Augenblick, wo der verantwortliche Staatsmann einer Großmacht, die in mohammedanischen Gebieten kolonisiert, das Schwert des Islams ergreift, ist ohne Frage eine gänzlich neue Lage geschaffen, deren Auswirkungen sich heute allerdings noch nach keiner Richtung überblicken lassen. Man muß abwarten; abwarten, welche Rückwirkungen der 18. März auf den Mohammedanismus als Ganzes ausübt, abwarten auch, wie ihrerseits England und Frankreich darauf antworten. Auf jeden Fall wird das Schwert des Islams in der römischen Faust von nun an eine weltpolitische Tatsache von hoher Bedeutung, ein nicht zu unterschätzender Faktor des künftigen Geschehens sein.

L u d w i g K ö p p e n

Die Entwicklung des deutschen Protestantismus seit 1933

Mit dem Erlaß des Führers vom 15. Februar 1937 über die Neubildung einer evangelischen Generalsynode tritt der deutsche Protestantismus in einen neuen Abschnitt seiner Entwicklung. Dieser Erlaß gibt ihm die Möglichkeit, unter die vergangenen vier Jahre einen Schlußstrich zu ziehen und das Problem einer einheitlichen Deutschen Evangelischen Kirche durch ein völlig neues Beginnen zu lösen. Diese Entscheidung des Führers gibt dem deutschen

Proteſtantismus die bis dahin von allen kirchlichen Gruppen gewünſchte Gelegenheit, „in voller Freiheit nach eigener Beſtimmung ſich ſelbſt die neue Verfaſſung und damit eine neue Ordnung zu geben.“ Um über die Bedeutung dieſes Schrittes des Führers Klarheit zu gewinnen, iſt es notwendig, in kurzen Umriſſen einen Überblick über die bisherige Entwicklung des Proteſtantismus ſeit dem Jahre 1933 zu geben.

Seit der Reformation bis zum Jahre 1933 gab es in Deutſchland nur Landeskirchen, die ſich dann nach Abdankung ihrer Oberhäupter (November 1918), der Landesfürſten, im Jahre 1922 im „Deutſchen Evangeliſchen Kirchenbund“ zuſammengeſchloſſen hatten. Die einzelnen Landeskirchen, die durch die Verſchiedenheit ihrer Bekenntniſſe, nämlich des lutheriſchen, reformierten und unierten, ein beſtimmtes eigenes Weſen tragen, behielten trotz dieſes Zuſammenſchluſſes in den wichtigen Fragen ihre volle Selbſtändigkeit. Schon bald nach der Machtergreifung wurde die Forderung nach einer einheitlichen Deutſchen Evangeliſchen Kirche erhoben. Es waren die „Deutſchen Chriſten“, deren Anfänge bis in das Jahr 1930 zurückreichen, die nunmehr als ſtärkſte kirchliche Gruppe die Schaffung einer evangeliſchen Reichskirche und die Verkündigung des „Wortes Gottes“ Form verlangten. Da auch die anderen, nicht deutſchchriſtlichen Kirchenfürſten die Nachteile des bis dahin herrſchenden kirchlichen Parlamentarismus erkannt hatten, wurde der Gedanke einer von einem Reichsbiſchof geleiteten Reichskirche von allen Theologen und insbeſondere auch vom Kirchenvolk durchaus beifällig aufgenommen. Jedoch das Beſtreben der Deutſchen Chriſten, in anderer Sprache als bisher das Evangelium zu verkünden, ſtieß von Anfang an auf heftigen Widerſtand theologiſcher Kreiſe, die ſich in der „Jungreformatoriſchen Bewegung“, aus der ſich der „Pfarrernotbund“ und ſpäter die „Bekenntnisfront“ entwickelten, zuſammenſchloſſen. Der unmittelbare Anlaß zu dem evangeliſchen Kirchenſtreit war eine Verſammlung der „Deutſchen Chriſten“ im November 1933 im Sportpalaſt zu Berlin, in der der Gauobmann der „Deutſchen Chriſten“ die Abſchaffung des Alten Teſtaments und alles Jüdiſchen aus der Bibel verlangte. Unter der Parole „Das Bekenntnis iſt in Gefahr“ gelang es daraufhin der „Bekenntnisfront“, in den folgenden Monaten und Jahren, den größten Teil der evangeliſchen Theologen und, abgeſehen von einigen wenigen Landeskirchen, auch die Mehrzahl des gläubigen proteſtantiſchen Kirchenvolkes in Oppoſition zu der von dem Reichsbiſchof Müller geleiteten „Deutſchen Evangeliſchen Kirche“ zu bringen. Unter der Bezeichnung „Vorläufige Leitung der Deutſchen Evangeliſchen Kirche“ gab ſich die Oppoſition im November 1934 eine eigene Kirchenleitung und wies zugleich ihre Glieder an, dem „unbibliſchen und unrechtmäßigen“ Regiment des Reichsbiſchofs Müller nicht mehr zu gehorchen. Der Gedanke einer evangeliſchen Reichskirche konnte nicht verwirklicht werden. Die Zeit vom Jahre 1934 bis September 1935 war ausgefüllt mit Kämpfen der kirchenpolitiſchen Gruppen.

Da eine Einigung dieſer kirchlichen Gruppen, der „Deutſchen Chriſten“ und der „Bekenntnisfront“, nicht möglich war, da weiterhin das Anſehen der Partei und des Staates ſowohl im In- als auch im Ausland in Mitleidenſchaft gezogen wurde, ſah ſich der Führer veranlaßt, im Juli 1935 den Reichsminiſter Kerrl mit der Aufgabe zu betrauen, eine Befriedung in der evangeliſchen Kirche durchzuführen. Das Reichs- und Preußiſche Miniſterium für die kirchlichen Angelegenheiten wurde gebildet. Die Leitung der Deutſchen Evangeliſchen Kirche wurde im September 1935 dem „Reichskirchenausſchuß“ übertragen, an deſſen Spitze der Generalſuperintendent a. D. Joellner trat. In den Gebieten, in denen die kirchliche Ordnung beſonders umſtritten war, wurden Landes- bzw. Provinzialkirchenausſchüſſe eingeſetzt. Doch die Hoffnungen, die in die neue Kirchenleitung geſetzt wurden, erfüllten ſich nicht. Zwar gelang es den Ausſchüſſen, das Kirchenvolk im weſentlichen zu beruhigen, jedoch trat nun beſonders unter den Theologen der „Bekenntnisfront“ in der Frage der Stellung zu den Kirchenausſchüſſen eine unüberbrückbare Spaltung ein, eine Spaltung, die bedingt war durch die Verſchiedenheit der Bekenntniſſe.

Die Lutheraner erklärten, die Kirchenausschüsse nicht von vornherein ablehnen zu können, sondern vielmehr ihnen abwartend gegenüberzustehen. Die Reformierten dagegen wiesen ihre Glieder an, keine Weisungen der Kirchenausschüsse entgegenzunehmen. Denn die Tatsache, daß diese Kirchenausschüsse vom Staat eingesetzt worden waren, wurde von den Reformierten als „bekenntniswidrig" bezeichnet. Zu dieser ablehnenden Haltung der sogenannten „radikalen Bekenntnisfront" trat noch die Opposition der radikalen Richtung der „Deutschen Christen".

Auch die Bewegung der „Deutschen Christen", die bei der Kirchenwahl im Juli 1933 über dreiviertel Mehrheit erlangt hatte, war im Verlauf des Kirchenstreites von einer Spaltung nicht verschont geblieben. Im Anschluß an die erwähnte Sportpalast-Versammlung wurde der Gründer und Leiter der „Deutschen Christen", Pfarrer Hossenfelder, seines Amtes als Bischof und seines Postens als Leiter der DC-Bewegung enthoben. Die neue Leitung — Dr. Kinder — lehnte die Abschaffung des Alten Testamentes ab und schloß sich in der Frage des Bekenntnisses in der nachfolgenden Zeit mehr und mehr der lutherischen Richtung der Bekenntnisfront an. Diese neue Haltung wird unter Führung der „Thüringer Deutschen Christen" von einem großen Teil der „Deutschen Christen" abgelehnt; im „Bund für Deutsches Christentum" haben sich diese zusammengeschlossen.

Ähnlich verlief die Entwicklung der „Bekenntnisfront". Zur Beilegung der Streitigkeiten, die ihren Ursprung in der Frage der Stellung zum Staat hatten, wurde zum Februar 1936 eine Synode nach Bad Oeynhausen i. W. einberufen. Diese Tagung zeigte die grundsätzlich verschiedene Haltung des lutherischen und reformierten Bekenntnisses zur staatlichen Obrigkeit. Die Lutheraner beteiligten sich nicht mehr an der „Vorläufigen Leitung der DEK", sondern schlossen sich im „Lutherischen Rat Deutschlands" zusammen, ohne kirchenregimentliche Befugnisse auszuüben; die Reformierten dagegen lehnten nach wie vor die Kirchenausschüsse ab. Es ist selbstverständlich, daß diese verneinende Einstellung nicht nur im Bekenntnis, sondern auch in der politischen Ablehnung des Dritten Reiches ihren Ursprung hat.

Als Beweis für die Verneinung des nationalsozialistischen Staates sei hier nur die Denkschrift der „Vorläufigen Kirchenleitung" vom Juli 1936 erwähnt, in der „der heute in Deutschland herrschende Antisemitismus" und das Bestehen der Konzentrationslager als „unsittlich und unchristlich" bezeichnet werden. Diese Denkschrift, die nur für den Führer bestimmt war, wurde der ausländischen Presse zugeleitet.

Diese kurzen Ausführungen lassen die Zersplitterung des deutschen Protestantismus erkennen. Vier Gruppen sind es, die um die Macht ringen:

1. Die „radikalen Deutschen Christen". Sie erstreben ein „artgemäßes Christentum". Für sie ist Christus ein „arischer Held". Sie hoffen, durch nationalsozialistisch gepredigtes Christentum die der Kirche entfremdeten Massen wieder der Kirche zurückführen zu können. Der Leiter dier Bewegung ist Oberregierungsrat Leffler-Weimar.

2. Die „gemäßigten Deutschen Christen", die sich in der „Reichsbewegung DC" zusammengeschlossen haben. Sie treten für eine juden- und reformfreie deutsche evangelische Kirche ein, ohne jedoch das Alte Testament abschaffen zu wollen. Leiter: Rehm.

3. Die „radikale Bekenntnisfront". Sie lehnt jeden Eingriff des Staates ab, nennt die DC „Irrlehrer" und neigt in ihren Ansprüchen und ihrer Lehre zum römischen Katholizismus hin. Ihr maßgeblicher Führer ist Pfarrer Niemöller-Berlin-Dahlem.

4. Die „gemäßigte Bekenntnisfront", die ihren Zusammenschluß im „Lutherischen Rat Deutschlands" hat. Sie erkennt vom Bekenntnis her das Recht des Staates an, im Falle kirchlicher Unordnung einzugreifen. Hiervon abgesehen, ist ihre Haltung die gleiche wie die der „radikalen Bekenntnisfront" Die Leitung liegt in Händen der Bischöfe Meiser und Marahrens.

Da es dem Reichskirchenausschuß nicht gelungen ist, diese kirchlichen Gruppen zur Anerkennung seines Kirchenregiments zu bringen, erklärte er am 12. Februar 1937 seinen Rücktritt.

Der deutsche Protestantismus hat also die Hand, die ihm der Staat bereitwillig gereicht hat, nicht angenommen; er hat die Hilfe des Staates zur Neuordnung und Festigung seiner Kirche abgelehnt. Nunmehr werden die kirchlichen Gruppen zu zeigen haben, ob sie allein ihre Kirche zu ordnen in der Lage sind oder nicht.

Indem dieser Erlaß bestimmt, daß das Kirchenvolk „in voller Freiheit nach eigener Bestimmung" wählen soll, beweist der Staat seine objektive Stellung.

Quellenangabe:

Das Gedicht „Deutschland du" ist aus dem Buch „Die Saat ging auf" (Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg).

Das Photo des Umschlags ist von Photo-Hoffmann, Berlin.

Herausgegeben von der Reichsjugendführung der N.S.D.A.P. Amt für weltanschauliche Schulung.
Druck: Wilhelm Limpert, Berlin SW 68.